

Wiesingers Buch bestätigt den Bevölkerungsaustausch

Von Dieter Grillmayer

Am 20. Jänner 2020 ist das zweite Buch von Susanne Wiesinger mit dem Titel „Machtkampf im Ministerium – Wie Parteipolitik unsere Schulen zerstört“ erschienen. Der Titel war dazu angetan, für Aufregung zu sorgen, und das war damit wohl auch beabsichtigt. Nach meiner Meinung beschreibt er aber nur ein in dem Buch angesprochenes Randproblem. Dieses explizit herauszugreifen und mit dem Buchtitel geradezu in die Auslage zu stellen kann freilich als grobe Unbotmäßigkeit der SPÖ-nahen Wiener Pflichtschullehrerin angesehen werden, welche nach der Veröffentlichung ihres ersten Buches „Kulturkampf im Klassenzimmer – Wie der Islam die Schulen verändert“ vom ÖVP-Unterrichtsminister Dr. Faßmann zur Ombudsfrau für Wertefragen und Kulturkonflikte im Bildungsministerium bestellt worden war.

Dass sie diesen Posten nach Ankündigung ihres Buches bereits am 19. Jänner 2020 wieder los war hat mich nicht überrascht, wohl aber, dass sich die Berichterstattung über diese Maßnahme bereits in engen Grenzen gehalten hat, vom maßgeblichen Inhalt des Buches ganz zu schweigen. Denn schon nach ein paar Tagen war das Ganze für die Mainstream-Medien überhaupt kein Thema mehr. Da sorgte zunächst einmal die sich gerade entwickelnde Corona-Pandemie für Ablenkung und zweitens konnte man so auch die politisch inkorrekte eigentliche Botschaft des Buches totschrweigen. Diese ist vor allem den (von jedweder parteipolitischen Färbung unabhängigen) Statistiken auf den Seiten 198 bis 232 zu entnehmen, worauf ich mich nach einem Überblick über den Inhalt der vorhergehenden Seiten konzentrieren werde.

Streitthema Deutschklassen

Dem Titel des Buches gerecht werdend spricht Wiesinger Probleme an, welche in ideologisch motivierten Rechthabereien und politischen Machtspielchen wurzeln; beides steht einer gedeihlichen Schulentwicklung natürlich diametral entgegen. Vor allem wird dabei auf das ständige Hick-Hack zwischen dem – zumindest von einem ÖVP-Politiker geführten – Bildungsministerium und der „roten“ Wiener Bildungsdirektion eingegangen, und als Paradebeispiel wird der völlig sinnlose Streit um die von der ÖVP/FPÖ-Koalition endlich ins Leben gerufenen Deutsch(förder)klassen für Schüler thematisiert, die aufgrund nicht vorhandener Deutschkenntnisse dem laut Lehrplan vorgesehenen Regelunterricht nicht folgen können. („Streitthema Deutschklassen“, Seite 46 bis 52.) Dazu kann ich auch eine persönliche Erfahrung beisteuern.

Im Jahr 1974 hat es sich bei den der deutschen Sprache nicht mächtigen Schülern noch um seltene Einzelfälle gehandelt. Für sie hat das damals neugeschaffene Schulunterrichtsgesetz (SchUG) die Zuweisung in eine altersadäquate Normklasse als „außerordentlicher“ Schüler einzig und allein zu dem Zweck vorgesehen, dass der Neuzugang dort im Kreise seiner allesamt deutschsprachigen Mitschüler so rasch wie nur möglich die Unterrichtssprache erlernt. Erst wenn er dem Unterricht folgen konnte wurde der „Neue“ zum „ordentlichen“ Schüler mit Benotung, was dann auch ein Aufsteigen in die nächsthöhere Klasse möglich gemacht hat.

Dass das funktioniert habe ich selbst in meiner Aktivzeit als Direktor des BRG Steyr anhand einer jungen Türkin erlebt, die nicht mehr schulpflichtig und deren Aufnahme in eine Oberstufenklasse daher Ermessenssache war. Vier eher auf Mädchen ausgelegte Höhere Steyrer Schulen lehnten die Bitte des schon seit vielen Jahren als Gastarbeiter bei uns tätigen Vaters ab, seine gerade erst zugezogene Tochter aufzunehmen, ehe er bei mir vorgesprochen hat und ich seiner „Herbergssuche“ ein Ende bereitete. Nach einem Jahr beherrschte das Mädchen die Unterrichtssprache so gut, dass es auch als ordentliche Schülerin bei uns hätte bleiben können, worauf aber zugunsten einer Schneiderlehre verzichtet worden ist.

Was also in Einzelfällen durchaus funktioniert hat, das meinten Linksutopisten auch noch zu Zeiten praktizieren zu können, wo die frisch eingeschulten und dem Unterricht in einer Normklasse überhaupt nicht gewachsenen Schüler schon zahlreich vertreten waren, wenn sie nicht in der Klasse sogar bereits die Mehrheit bildeten. Die haben dann weder Deutsch noch sonst etwas gelernt und nur den Unterricht der Regelschüler behindert, sodass auch diese massiv geschädigt worden sind. Daran hat auch der Einsatz von Zweit-, wenn nicht sogar Drittlehrern nichts geändert, aber massive Zusatzkosten verursacht.

Mehr als dreißig Jahre lang hat sich insbesondere die SPÖ geweigert, diese Realität zur Kenntnis zu nehmen und das Gesetz von 1974 den geänderten Verhältnissen anzupassen. Aufgrund der bis 2005 notwendigen Verfassungsmehrheit für Schulgesetze konnte sie das sogar in Oppositionszeiten tun. Sie vertrat ihren Standpunkt stets mit dem Scheinargument, damit die Integration der Zuwandererkinder zu fördern, während insbesondere die FPÖ nur deren „Ghettoisierung“ anstrebe. Es darf wohl mit Fug und Recht darauf verwiesen werden, dass das im Statistikteil des Wiesinger-Buches zutage tretende Sprachdesaster vor allem dieser SPÖ-Verweigerungspolitik geschuldet ist. Erst die absolut notwendige, durch die Deutschklassen gewährleistete äußere Differenzierung im Anfängerunterricht kann hier für eine Besserung sorgen und damit natürlich auch der dringend notwendigen Integration Vorschub leisten.

Anpassung und Unterwerfung

Wiesingers erstes Buch („Kulturkampf im Klassenzimmer“) kenne ich nicht, aber was sie in ihrem zweiten Buch zur fortschreitenden Islamisierung an Österreichs Schulen schreibt, das übertrifft meine schlimmsten Befürchtungen. Besonders frustrierend ist ihre Aussage, ihr sei aufgefallen, wie sehr sich Lehrer „an den Wahnsinn des Schulalltages“ bereits angepasst haben und sich den Ansprüchen unterwerfen, welche vor allem die muslimischen Schüler an sie stellen. Damit werde der „schleichenden Veränderung und Anpassung an die islamischen Gebote und Verbote“ der Weg geebnet.

„Die Liste der Beispiele ist lang: Ein somalisches Mädchen steht in einem selbstgehäkelten Burkini im Babybecken, nur damit sie eine Schulnote bekommt, weil sie (im Schwimmunterricht) ja anwesend war. Wir akzeptieren das. Wir brechen Wanderungen ab, weil muslimische Schüler Probleme mit dem Gipfelkreuz haben. Wir verzichten auf Sexualkundeunterricht, weil es sonst Tumulte im Klassenzimmer geben würde. Wir fahren nicht mehr Ski, weil die Mädchen glauben, ihr Jungfernhütchen würde dabei reißen. Das ist irre. Und es ist traurig. In allen Bundesländern entscheiden Religion, Kultur und Migration darüber, ob ein normaler Unterricht überhaupt noch möglich ist.“ (Wörtlich zitiert aus „Anpassung und Unterwerfung“, Seite 139 bis 143.)

Des weiteren spricht Wiesinger die bittere Wahrheit aus, dass die Schulbehörden zwar über all diese Zustände informiert sind, aber die Lehrer und Schulleiter mit ihren Problemen völlig allein lassen und auf sie auch noch Druck ausüben. Kaum einer von ihnen wagt es daher noch, sich öffentlich darüber zu äußern, um nicht als einer dazustehen, der in seinem Beruf einfach nur überfordert oder gar ein „Rassist“ ist, welcher der „ausländerfeindlichen“ FPÖ-Politik das Wort redet.

Die besonders krassen Wiener Verhältnisse, welche die in der Zweiten Republik durchgehend SPÖ-dominierte Stadtpolitik zumindest mitverschuldet hat und die sich sowohl in den folgenden statistischen Daten wie auch in den Ergebnissen bundesweiter und internationaler Schultests widerspiegeln, wird in den anderen Bundesländern eher als düstere Vorschau auf die eigene Zukunft denn mit Befriedigung wahrgenommen. Das liegt daran, dass es als Auswuchs unserer „Migrationsgesellschaft“ inzwischen schon überall problematische „Brennpunktschulen“ gibt, wie Wiesinger auf ihren im Zuge ihrer Tätigkeit als Ombudsfrau durchgeführten über 100 „Zuhörtouren“ quer durch Österreich feststellen musste.

Zahlen, Daten, Fakten

Dem so überschiebenden und auch graphisch sehr gut aufgearbeiteten Statistikteil des Wiesinger-Buches können unter anderen die folgenden Zahlen, Daten und Fakten entnommen werden, die für sich sprechen und eine Zukunftsprognose zulassen, wie sie dann in weiterer Folge erstellt wird.

1. Wiener Pflichtschüler im Religionsunterricht nach Konfessionen, Veränderungen zwischen 2010/11 und 2019/20:

	Volksschulen	Neue Mittelschulen
Christlich (kath., evang., orthod.)	Von 34.256 auf 33.122	Von 10.397 auf 6.947
Islamisch (ohne alevitisch)	Von 11.811 auf 16.680	Von 4.550 auf 4.981

Das bedeutet: Innerhalb von zehn Jahren hat sich das Verhältnis bei den Volksschülern von ca. 74 % : 26 % auf ca. 66,5 % : 33,5 % und bei den Neuen Mittelschulen von ca. 69,5 % : 30,5 % auf ca. 58 % : 42 % verändert.

2. Schüler mit nichtdeutscher Umgangssprache (= im Alltag gebrauchter Sprache) an Wiens öffentlichen Schulen, Veränderungen zwischen 2006/07 und 2017/18:

Volksschulen:	Von 51 % auf 64 %
Neue Mittelschulen:	Von 61 % auf 76 %
AHS-Unterstufe:	Von 27 % auf 42 %

3. Schüler mit Deutsch als Umgangssprache an Wiens Neuen Mittelschulen im Schuljahr 2017/18 nach Bezirken:

01	Innere Stadt 36 %	09	Alsergrund 12 %	17	Hernals 09 %,
02	Leopoldstadt 21 %	10	Favoriten 19 %	18	Währing 39 %
03	Landstraße 29 %	11	Simmering 24 %	19	Döbling 30 %
04	Wieden 31 %	12	Meidling 14 %,	20	Brigittenau 16 %
05	Margarethen 06 %	13	Hiezing 47 %	21	Floridsdorf 34 %
06	Mariahilf 22 %	14	Penzing 26 %	22	Donaustadt 49 %
07	Neubau 24 %	15	Rudolfsheim-Fünfh. 15 %	23	Liesing 50 %
08	Josefstadt 13 %	16	Ottakring 12 %		

4. Volksschüler mit nichtdeutscher Umgangssprache je Bundesland im Schuljahr 1018/19:

Burgenland 19 %	Oberösterreich 27 %	Tirol 22 %
Kärnten 18 %	Salzburg 26 %	Vorarlberg 32 %
Niederösterreich 21 %	Steiermark 21 %	Wien 59 %

5. Schüler mit deutscher/nichtdeutscher Umgangssprache im Mittelstufenbereich österreichweit, Veränderungen zwischen 2008/09 und 2018/19:

	Deutsch	Nicht-Deutsch
Neue Mittelschule	Von 191.915 auf 142.185 (-26 %)	Von 49.515 auf 68.720 (+39 %)
AHS-Unterstufe	Von 83.886 auf 77.238 (- 8 %)	Von 15.046 auf 21.081 (+40 %)

Der Bevölkerungsaustausch

Diese Daten hinsichtlich des Aufblühens des islamischen Religionsunterrichts an den Wiener Schulen, aber mehr noch hinsichtlich der Abnahme bis zur Marginalisierung des Deutschen als Umgangssprache werfen ein deutliches Bild auf die Zusammensetzung der Gesamtbevölkerung, das unter Berücksichtigung der Altersstruktur und der demographischen Entwicklung für die „Ureinwohner“ noch um einiges düsterer wird. Und dieses Bild aus dem Jahre 2020 belegt drastisch, dass in Österreich ein Bevölkerungsaustausch in dem Sinn stattfindet, als eine schleichende Reduktion der bodenständigen Einwohnerschaft zufolge einer negativen Wachstumsrate durch kulturfremde Zuwanderer nicht nur ausgeglichen, sondern weit übertrumpft wird. Mehr als tausend Jahre lang und bis ins letzte Drittel des 20. Jahrhunderts hinein wurde der Siedlungsraum in den Grenzen des heutigen Österreich in überwältigender Mehrheit von (vorwiegend katholischen) Christen bewohnt, deren Muttersprache Deutsch war. Davon kann im Österreich des Jahres 2020 aber keineswegs mehr die Rede sein.

Diese Entwicklung zu ignorieren, zu leugnen oder gar zu begrüßen, das ist für jeden vernunftbegabten und in die Zukunft blickenden Menschen ebenso aberwitzig wie zu glauben, dieser Bevölkerungsaustausch könne noch rückgängig gemacht werden. Bestenfalls lässt er sich verlangsamen und erträglich gestalten, wovon noch die Rede sein soll. Vorläufig nur ein Aspekt dazu, nämlich die Geburtenstatistik: Das exponentielle Wachstum, von dem in Corona-Zeiten soviel die Rede war, gilt natürlich auch für das Wachstum jenes Bevölkerungssegmentes, dessen Frauen doppelt so viele Kinder zur Welt bringen als für die Reproduktion ausreichen würden. Das schlägt sich zusammen mit dem gleichzeitigen Schrumpfungsprozess bei den autochtonen Österreichern im Statistik-Teil des Wiesinger-Buches ganz deutlich nieder.

Letztklassig wäre es allerdings, den Muslim-Mamas ihre Gebärfreudigkeit zum Vorwurf zu machen, und auf der anderen Seite sollte man auch nicht pauschal urteilen. Ich erlebe immer wieder die Freude, bei Klassentreffen mit ehemaligen Vorzeige-Schülerinnen plaudern zu dürfen, die eine mehrfache Mutterschaft mit einer erfolgreichen Berufslaufbahn sehr wohl zu verbinden wussten. Aber leider ist es nur eine Minderheit, die gegen die zeitgeistigen Irrlehren immun geblieben ist, die ein Leserbriefschreiber (in „Die ganze Woche“ Nr. 32/17) anlässlich des Erfolgs der österr. Fußball-Damen wie folgt zum Ausdruck gebracht hat:

„Ob die Töchter in der Bundeshymne vorkommen ist unwichtig. Wesentlich aber ist, dass es ohne Mütter unsere Fußball-Töchter gar nicht gäbe. Seit geraumer Zeit ist dank des beschämenden Frauenbildes der Gegenwart die glückliche Mutter eine Provokation. Darf denn eine Frau einfach nur Mutter sein? Wie lässt sich Mutterschaft innerhalb einer politischen „Feminismus-Hysterie“ überhaupt leben? ... Früher legten Frauen Karrieren auf Eis, um Kinder zu bekommen. Heute sollen Frauen ihre Eizellen auf Eis legen, um mit unterbezahlten Tätigkeiten Karriere zu machen und ihre besten Jahre der Firma oder dem Konzern statt ihrer Familie zu schenken. Aber Gott sei Dank gibt es auch noch intelligente Frauen und beherzte Mütter. Sie haben unsere erfolgreichen Fußballerinnen zur Welt gebracht und großgezogen – sie sind die wahren Sieger!“

Maßnahmen, die dringend geboten wären

Nach meinem Dafürhalten ist es für eine Bewältigung der Lage unabdingbar, zu einer Geisteshaltung zurückzukehren, die sich an den natürlichen Vorgaben, an Vernunft und Erfahrung sowie ganz generell an den Leitlinien der Aufklärung orientiert, welche uns die europäische Hochkultur beschert haben. Demgegenüber sind wir heutzutage zufolge der durch die 1968er-Bewegung eingeleiteten, vom deutschen Kybernetiker Karl Steinbuch schon 1970 in seinem Buch „Falsch programmiert“ so genannten „Gegenaufklärung“ in zum Teil absurde Gesellschaftsmodelle hineingeschlittert, in denen klare Strukturen und sinnstiftende Werte verloren gegangen sind. Der zitierte Leserbrief enthält dazu nur ein besonders hervorstechendes Beispiel. Die Degeneration ist schon so weit fortgeschritten, dass

man den Neubürgern und Neubürger-Anwärtern eine Integration in diese Gesellschaft eigentlich gar nicht mehr zumuten kann.

Hinsichtlich einer Rückbesinnung auf Strukturen und Werte käme der Bildungspolitik eine Schlüsselrolle zu. Leider haben sich aber auch an den Schulen Denk- und Verhaltensmuster eingeschlichen, die mit klarem Verstand und wachem Kulturbewusstsein nichts mehr zu tun haben. Ich befürchte, dass sich viele Lehrer über ihr Berufsleitbild gar nicht mehr im Klaren sind, wenn sie in den pseudo-intellektuellen Kreisen nur mehr als „Lernbegleiter“ gelten und damit degradiert werden. In meinem Buch „Schule zwischen Anspruch und Zeitgeist“ habe ich den guten Lehrer als eine Person definiert, die Kinder mag und um deren Wohl besorgt ist, die Vertrauen erweckt und für eine Materie begeistern kann, die von den Schülern als Vorbild, als kompetenter Lehrmeister und als konsequenter Erzieher wahrgenommen wird. Was demgegenüber die auch in Schulgesetze eingeflossene „antiautoritäre Erziehung“ angerichtet hat, das ist ja inzwischen allgegenwärtig. Daher müsste man den Lehrern auch wieder Instrumente in die Hand geben, welche es ihnen ermöglichen, eine Schuldisziplin aufrecht zu erhalten, ohne welche ein gedeihlicher Unterrichtserfolg nicht zu erzielen ist. Diese Meinung vertritt übrigens auch die erfahrene Schulpraktikerin Susanne Wiesinger in ihrem Buch.

Für die Integration der Kinder und Jugendlichen „mit Migrationshintergrund“ ist das gründliche Erlernen der Staatssprache eine unabdingbare Voraussetzung, weil nur so der Einstieg in nachgefragte Berufe gelingen kann. „Deutsch als Schulsprache“ wäre dazu ein wichtiger Beitrag im Interesse aller Beteiligten, die einer solchen Regelung daher willentlich näher treten sollten. Allein auf dem Verordnungsweg wird sich diese aber mangels angemessener Durchsetzungswerkzeuge nicht verwirklichen lassen. Ein viel größeres Gewicht als bisher müsste auch der staatsbürgerlichen Erziehung zukommen, und eine Einbürgerung sollte wesentlich strikter als jetzt an die Sprachfertigkeit und das nachgewiesene Verständnis für die Grundsätze des Rechtsstaates und das Bekenntnis zur demokratischen Gesellschaftsordnung geknüpft sein. In diesem Sinne ist es absolut fahrlässig, ein Wahlrecht für Nicht-Staatsbürger auch nur anzudenken.

Dass es gegen alle Regeln der Vernunft wäre, die angespannte Situation durch weitere Zuwanderung noch zu verschärfen erwähne ich nur mehr der Vollständigkeit halber. Nach der Dublin-Regel kämen dafür nicht einmal „echte“ Asylanten in Frage, da Österreich an keiner EU-Außengrenze liegt. Und sollte in Brüssel eine zwingende Quotenregelung für die Übernahme von Flüchtlingen beschlossen werden, so wäre das für mich ein Grund, einen EU-Austritt zu befürworten, was ich bislang nicht getan habe. Eine weitere Zuwanderung, die erfahrungsgemäß immer einen Familiennachzug zur Folge hat, ist unserem Land und seiner angestammten Bevölkerung einfach nicht mehr zumutbar.

Als grundsätzlich positiv denkender Mensch hoffe ich, dass die österr. Politik in Hinkunft konsequent im genannten Sinne agiert, um die Entwicklung abzufedern, so gut es eben geht. Andernfalls sage ich uns eine düstere Zukunft voraus, wie sie sich heutzutage noch kaum jemand vorstellen kann. Einerseits auf dem Arbeitsmarkt und damit eine soziale und wirtschaftliche Katastrophe nach sich ziehend, andererseits bürgerkriegsähnliche Zustände, hervorgerufen durch einen immer fordernder auftretenden radikalen Islamismus, der unserem Staat „seine“ Gesetze aufzwingen will und allein schon aus demographischen Gründen damit auch erfolgreich sein würde.

Was liberale Muslime, die ich in einem Arbeitskreis freiheitlicher Akademiker kennenlernen durfte, über die Umtriebe ihrer radikalen Glaubensgenossen in Wien berichten, das übertrifft alle meine Befürchtungen. Sie haben auch über eine mangelhafte Wertschätzung seitens der Behörden geklagt, während gegen die Vertreter des politischen Islams viel zu wenig unternommen werde. Dieser Umstand motiviert mich zu den folgenden Schlussbemerkungen:

„Anständige“ Neubürger und Neubürger-Anwärter, die sich des Privilegs bewusst sind, bei uns Fuß fassen zu dürfen und die es als Bringschuld auffassen, sich zur europäischen Kulturtradition zu

bekennen und in ein davon durchdrungenes Gesellschaftsgefüge zu integrieren, verdienen Respekt und Schutz vor Diskriminierung, und zwar ganz gleichgültig, woher sie gekommen sind. „Unanständigen“ ist ihr Fehlverhalten hingegen bewusst zu machen, und bei Uneinsichtigen sind alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um sie wieder loszuwerden, wobei auch Gesetzesänderungen kein Tabu sein dürfen.

Ich orientiere mich mit diesen Sätzen an Viktor Frankls Ausführungen auf dem Wiener Rathausplatz vom März 1988, in denen der große Österreicher wörtlich festgestellt hat: *„Der Nationalsozialismus hat den Rassenwahn aufgebracht. In Wirklichkeit gibt es aber nur zwei Menschenrassen, nämlich die „Rasse“ der anständigen Menschen und die „Rasse“ der unanständigen Menschen. Und die „Rassentrennung“ verläuft quer durch alle Nationen und innerhalb jeder einzelnen Nation quer durch alle Parteien.“*